

Inland/Flüchtlingspolitik/Rechtsextremismus

Pressemitteilung

Berlin, den 13.09.2013

180 Prominente aus Kirchen, Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft unterstützen den dringenden Appell „Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegen zu treten!“

„Wir fordern eine Politik, die Flüchtlinge schützt und nicht zur Zielscheibe rassistischer Hetze werden lässt: Für ein Recht von Asylsuchenden auf dezentrale Unterbringung, Bewegungsfreiheit und gleichrangigen Zugang zu Beschäftigung.“

Dreizehn leitende Geistliche Evangelischer Kirchen in Deutschland – darunter die Bischöfinnen und Bischöfe von Sachsen, Berlin, Baden, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Hannover –, die Bundestags-Vizepräsidentinnen und -präsidenten Kathrin Göring-Eckardt, Petra Pau und Wolfgang Thierse, DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach sowie Gesine Schwan, Beatrice von Weizsäcker, die Schauspielerin Iris Berben und zahlreiche TheologInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und WissenschaftlerInnen fordern in einem dringenden Appell eine „Politik, die Flüchtlinge schützt und nicht zur Zielscheibe rassistischer Hetze werden lässt.“

Anlass für den Aufruf, der von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Amadeu Antonio Stiftung, Pro Asyl und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus heute veröffentlicht wird, sind die zunehmenden aggressiven Proteste bis hin zu Gewalttaten gegen Flüchtlinge, Asylsuchende und neue Heimstandorte in Ost- und Westdeutschland sowie politische Diskurse, in denen Flüchtlinge als „nicht anpassungsfähig abgewertet“ und Flüchtlingszahlen als „alarmierend“ bezeichnet werden, die weit unter der Anzahl von Asylsuchenden beispielsweise in den Nachbarländern Syriens liegen.

Die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner des Appells fordern daher: „Die Ausgrenzung von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss beendet werden. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima des Willkommens schaffen, anstatt Flüchtlinge zum Problem zu erklären und rassistische Kampagnen auf dem Rücken von Schutzsuchenden zu führen. Von Politikerinnen und Politikern aller demokratischen Parteien erwarten wir, dass sie sich für faire und zügige Asylverfahren, den Zugang von Asylsuchenden zu Deutsch- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt einsetzen statt rassistischen Vorurteilen oder rechtspopulistischen Kampagnen Vorschub zu leisten. Ziel muss es sein, die Betroffenen zu integrieren statt auszugrenzen.“

Den vollständigen Text des Appells sowie die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner finden Sie im Anhang und auf den Websites www.asf-ev.de sowie www.bagkr.de.

Für weitere Informationen und Fragen stehen Ihnen Friedemann Bringt, Geschäftsführer der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ unter 0176-61956129 sowie die GeschäftsführerInnen der aufrufenden NGOs – Jutta Weduwen für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung und Günther Burkhardt für Pro Asyl zur Verfügung.